basler stadtbuch cms
Christoph Merian Stiftung

Wirtschaftsstandort Basel

Autor(en): Alex Krauer

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1995

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/cc5388a6-7820-40ce-8eae-1581ab001bd9

Nutzungsbedingungen
Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.
http://www.cms-basel.ch
https://www.baslerstadtbuch.ch

Alex Krauer

Plädoyer für eine gesunde Basler Wirtschaft

Gibt es nach dem Jahre 2000 in Basel noch eine Chemie? «Ja, selbstverständlich», lautet die Antwort – allerdings auf eine falsch gestellte Frage. Schwieriger ist die Antwort auf die richtig gestellte Frage, nämlich: Woraus wird die Chemie in Basel bestehen, und für wieviele Menschen wird sie nach dem Jahre 2000 noch Arbeit und Verdienst bieten? Wird die Basler Chemie weiterhin hier forschen, wird sie weiterhin hier produzieren, oder wird sie nur noch aus Konzernzentralen bestehen? Nur wenn sie weiterhin hier forschen und produzieren wird, werden die 35 000 Arbeitsplätze, die von der Chemie angeboten werden, erhalten bleiben. Wenn sich die Tätigkeiten der Chemie auf Konzernzentralen reduzieren, wird das nur noch einem Bruchteil der heute in der Chemie arbeitenden Menschen Arbeit und Verdienst erlauben.

Die Antwort auf diese Fragen hängt von der Wettbewerbsfähigkeit ab, und zwar auf der Unternehmens- und auf der Standortebene. Die Bankgesellschaft hat letzten Herbst eine Studie veröffentlicht. Danach liegt die Schweiz heute punkto internationaler Standortqualität zusammen mit den USA an erster Stelle; und aufgrund dieser Studie würden wir morgen – es ist nicht terminiert, was unter ‹morgen› zu verstehen ist – auf Platz neunundzwanzig abrutschen und befänden uns dann zwischen Ungarn und Polen.

Ob wir als Unternehmen und als Standort wettbewerbsfähig bleiben, hängt von drei Kriterien ab: Sind wir wettbewerbsfähig punkto Kosten, sind wir wettbewerbsfähig punkto Innovation, und sind wir drittens wettbewerbsfähig unter dem Aspekt der Befindlichkeit, der Mentalität, der Haltung, der Einstellung?

Zu den Kosten: Ohne Frage sind wir ein Hochkosten-Land; wir haben weltweit die höchsten Arbeits- und Fertigungskosten. Dies ist in einem gewissen Sinne die Kehrseite der Medaille unseres hohen Wohlstandes. Zudem macht uns auch der teure Schweizer Franken zu schaffen. Um punkto Kosten wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht es zwei Efforts. Einmal die kontinuierliche Verbesserung der Produktivität, das heisst, die gleiche Leistung ist mit weniger Aufwand zu erbringen. Zweitens haben wir kritisch zu hinterfragen, was wir uns überhaupt noch leisten können. Ich meine, die Chemie hat die Frage der Produktivitätsverbesserung angepackt, seit Jahren. Dieser Zwang zur Rationalisierung hatte unvermeidlicherweise negative Konsequenzen für die Arbeitsplätze. Wir als Unternehmen bemühen uns, diesen Stellenabbau so sozialverträglich wie möglich durchzuführen: keine Entlassungen, sondern Ausnutzung der natürlichen Fluktuation. Ich meine, der Staat ist nun zur Frage der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes punkto Kosten ebenso gefordert. Es geht darum, die öffentlichen Dienstleistungen punkto Vereinfachung, Beschleunigung, Verbilligung ebenso kritisch zu hinterfragen, wie wir das in unserem Unternehmen tun. Der Staat muss mit den Steuergeldern haushälterisch umgehen. Das heisst: kostengünstige Lösungen suchen, die regionale Zusammenarbeit fördern, die Kantonsgrenzen sprengen, die Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft generell überprüfen, privatwirtschaftliche Lösungen erkunden und vor allem die Gesetze und Verordnungen auf Zielkonformität und auf Verhältnismässigkeit überprüfen.

Ich möchte dieses Problem des Kosten-Nut-

zenverhältnisses oder der Überprüfung der Kostenfolgen für die Wirtschaft am Beispiel des Umweltbereiches noch belegen. Wir werden in einigen Monaten die neue Anlage für die Verbrennung von Sondermüll in Betrieb nehmen. Inzwischen erweist sich dieses Projekt als ein Verhältnisblödsinn. Es ist ein Rolls Royce, mit Auflagen und Kostenfolgen verbunden, die in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Umwelt stehen. Die Betriebskosten betragen zweitausend Franken pro Tonne, das sind zwei Franken pro Kilo. Für zwei Franken pro Kilo werden heute in China Farbstoffe produziert. Die Entsorgung eines Kilos Sonderabfall aus der chemischen Industrie kostet somit in Basel ebenso viel wie die Herstellung eines Kilos Farbstoff in China. Man muss sich diese Proportionen vor Augen führen. Das ist zwar Geschichte, aber wir müssen aus der Geschichte lernen, es stehen weitere Projekte an: im Abwasserbereich für die Entsorgung von Phenolen, von nicht abgebauten organischen Kohlenstoffen und von Phosphaten. Auch hier zeichnet sich ab, dass Investitionen mit Kostenfolgen auf die Wirtschaft zukämen, die nicht den entsprechenden Nutzeffekt für die Umwelt bringen. Ich darf mir erlauben, zu diesen Projekten im Umweltbereich deutlich Stellung zu nehmen als Vertreter einer Firma, die den Tatbeweis erbracht hat, dass sie aufgeschlossen ist, wenn es um Umweltschutz geht.

Wir dürfen jedoch nicht nur Kosten sparen und mit Produktivität die Wettbewerbsfähigkeit erhalten, es braucht auch Innovation. Nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg braucht technische und wissenschaftliche Spitzenleistungen. Ich möchte hier wieder ein Beispiel anführen, das die Chemie sehr direkt tangiert, und dies mit der Frage formulieren: Weshalb ist Kalifornien, und nicht die Regio Basiliensis, die Wiege und

das weltweite Center of Excellence der Biotechnologie? Weshalb sind in den letzten zehn Jahren in den USA 1400 Biotechnologie-Firmen entstanden, mit zehntausenden von Arbeitsplätzen? Weshalb ist das nicht in der Regio hier geschehen? Weshalb müssen die Basler Pharmafirmen für viel Geld diese Schlüsseltechnologie in Amerika zukaufen? Weshalb wird von den zwanzig heute bereits auf dem Markt befindlichen biotechnologischen Produkten nur ein einziges in Basel produziert, nämlich das Interferon bei der Firma Roche?

Antworten gibt es verschiedene. Die erste hat meines Erachtens mit dem Rollenverständnis und dem Freiraum der Universität zu tun. Die meisten dieser Biotechnologie-Firmen wurden von Universitätsprofessoren gegründet, die ihr Wissen in eine unternehmerische Tätigkeit umgesetzt haben. Mir ist kein Fall bekannt, dass das je in Basel oder in der Schweiz geschehen wäre. Ich meine, hier haben wir nun die Chance, mit dem neuen Universitätsgesetz einen grösseren Freiraum zu schaffen und der Universität ein Signal zu senden.

Ich erhoffe mir, dass dieses Universitätsgesetz nicht verwässert wird, und vor allem, dass auch der Universitätsrat, der eine wichtige Rolle spielt, nicht verpolitisiert wird. Im Zusammenhang mit dem Stellenwert der Ausbildung und der Wissenschaft möchte ich noch auf etwas hinweisen, was mir bei der Betrachtung der Rahmenrichtlinien, die nun für das 5-Jahres-Gymnasium vorliegen, aufgefallen ist: Da ist für Chemie während vier Jahren sage und schreibe nur eine Wochenstunde vorgesehen, und das in der Chemie-Stadt Basel. Auch das sind Signale, die im Zusammenhang mit der Frage der Innovation stehen.

Mit Innovation und mit dem Innovationsklima hat auch unser Verhältnis zum Risiko zu tun. Wir haben, meine ich, realitätsfremde, überholte Vorstellungen von den Risiken. Basel geht beispielsweise bei der Risikoeinstufung über Kriterien und Empfehlungen der Schweizerischen Kommission für biologische Sicherheit hinaus. So werden hier Mikroorganismen der Risikogruppe eins, die international als harmlos eingestuft werden, als stark risikobehaftet bezeichnet, und deren Herstellung wird mit zusätzlichen Auflagen verbunden.

Der dritte Punkt ist die Befindlichkeit, denn was auf der Kostenseite und in Bezug auf Innovation passiert oder eben nicht passiert, ist ja vor allem Ausdruck der Befindlichkeit. Statt Angst vor Veränderungen und Vollkaskomentalität braucht unsere Stadt eine Aufbruchstimmung, eine neue Einstellung auch zum technischen Fortschritt. Es geht nicht um einen Fortschritt um jeden Preis – auch da möchte ich nicht missverstanden werden –, aber doch weg von Nabelschau und Besitzstanddenken. Und hier sind natürlich auch das Parlament und die Politiker gefordert, Signale zu setzen und mit ihren Entscheiden und Beschlüssen den Tatbeweis zu erbringen, dass der Wille zum Wollen vorhanden ist.